

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verlags-Gesellschaft: Sammelnummer 25 241.
Preis für Nachdruckpreise: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1925 bei täglich unveränderlicher Zahlung drei Haush 1.50 Mark.
Postbezugspreis für Monat April 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Wer Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzige 30 mm breite
Seite 30 Pf., für auswärts 35 Pf. Sonnenanzeige und Stellenanzeige ohne
Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezelle 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf. Postenzahlung 10 Pf. Ausw. Auflage gegen Vorabzahlt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Gieseck & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Kontrolle 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das neue französische Kabinett.

Painlevé Ministerpräsident und Kriegsminister in einer Person.
Julius Barmals Zeugenvernehmung in Moabit. — Die Widerlegung demokratischer Wahlschwindleien.

Louchard glaubt an keinen langen Bestand.

Eigner Druckbericht der Dresdner Nachrichten. Paris, 17. April. Das neue Ministerium kam kurz nach Mitternacht endgültig zu stande und hat folgende Zusammensetzung:

Ministerpräsident und Kriegs-Minister Painlevé;

Justiz-Sieges;

Neuherold-Briand;

Finanzen Gaillaux;

Industrie-Shramet;

Marine Morel;

Öffentliche Arbeiten Raval;

Arbeitsministerium Durafour;

Kolonien Helle;

Universitätsministerium de Monzie;

Handel Chauvet;

Agrarwirtschaft Durand;

Pensionen Antier;

Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium Bonnet, im

Kriegsministerium Ossola, im Handelsministerium Das-

riel;

Luftschiffahrt Laurant Gonnex;

Technischer Unterricht und schöne Künste Delbord;

Belgische Gesellsch. Paul Morel;

Generalkommissar im Kriegsministerium (Sportdirektor) Paul Boncet.

Das Unterstaatssekretariat für Post, Telegraphie und Telefonie ist aufgehoben und dem Handelsministerium untergegliedert worden.

Die Unterstaatssekretariate des Ministerpräsidiums und des Kriegsministeriums sind in diesem Kabinett neu geschaffen worden und müssen durch eine besondere Verordnung des Präsidiums der Republik bestätigt werden. Diese Bestätigung wird heute ertheilt.

Painlevé begibt sich heute vormittag ins Elysée, um dem Präsidenten der Republik seine neuen Mitarbeiter vorzustellen.

Die Besprechungen über die endgültige Ministerliste dauerten den ganzen Abend. Sie waren so langwierig, weil vor allem Briand Schwierigkeiten bereitete, in das Kabinett einzutreten. Er hatte nämlich große Bedenken gegen die Ernennung Gaillaux zum Finanzminister und er war der Ansicht, daß ein Ministerium, das Gaillaux in sich schließe, sich keine 24 Stunden halten könne, da mit der Opposition der Sozialisten gerechnet werden müsse, weil Gaillaux wohl von einer verstärkten Einflussnahme, aber nichts von einer Vermögensabgabe im Sinne der Sozialisten wissen will. Um die Bedenken darüber zu zerstreuen, wurde um 10 Uhr eine besondere Versprechung zwischen Painlevé, Briand und Gaillaux abgetragen, die zweieinhalb Stunden dauerte und über das Schicksal des Ministeriums endgültig entschied. Briand

sich überzeugen, daß seine Bedenken unbegründet seien.

Louchard, dem das Handelsministerium angeboten worden war, hat kurz nach Mitternacht abgelehnt. Die Gründe sind vorläufig noch unbekannt, doch scheint Louchard zu glauben, daß das Ministerium keinen langen Bestand haben könnte. Er will sich also für das folgende Kabinett reservieren. Der frühere Unterrichtsminister, der kurz Zeit auch als Ministerpräsident vorgeschlagen war, hat das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt.

Gaillaux über sein neues Amt.

Paris, 16. April. Dem "Quotidien" erklärte Gaillaux in einem Interview: Die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs ist außerordentlich schwierig. Ich will nicht, daß man sich über meine Person irgendwelche Illusionen macht. Ich bin kein Zauberer und besitzt keine Zauberkräfte. Wenn ich in das Kabinett eintritte, werde ich der neuen Regierung nur meine Erfahrungen, meinen guten Willen, vollem Freimut und feste Entschlossenheit geben können.

Die noch unklare Einstellung der Parteien.

Der beginnende Widerstand Poincarés.

Basel, 17. April. Aus Paris wird den "Basler Nachrichten" telegraphiert: Die endgültige Einstellungnahme der Parteien zum neuen Kabinett Painlevé erfolgt erst im Laufe des Sonnabends vormittag. Die bisher stattgefundenen Fraktionssitzungen lassen jedoch als gänzlich sicher erkennen, daß Poincaré zunächst eine größere Mehrheit für sein Kabinett in der Kammer haben wird, als sie Herrort am Anfang seiner Ministerpräsidentschaft gehabt hat. Völlig unsicher ist noch die Haltung des Senats, da Senator Joffre mit seinem Antritt für eine vorläufige Erteilung auch Gaillaux gegenüber eintritt. Deprimierend für die Aussichten des Kabinetts sind dagegen die gestern bekanntgewordenen Reden Poincarés und Millerands in der Republikanischen Union und die letzten Erfolge der Rechtspartei bei den Nachwahlen in den Gemeinderäten.

Das "Journal" meldet: Der Widerstand der Rechten gegen Gaillaux war bereits in einem Telle der geistigen Pariser Abendpresse zum Ausdruck. An der Spitze dieser Stimmungsschärfe stehen Poincaré und Cheron. Der Vorsitzende der Republikanischen Union, Poincaré, nannte die Rückkehr Gaillaux das Wiederaufstehen der syndikalistischen Verbiegung Frankreichs.

Die Schandurteile hören nicht auf.

Brüssel, 16. April. (Meldung der Agence Belga.) Das Kriegsgericht von Brabant verurteilte den Hauptmann der Feldgendarmerie Carte in contumaciam zum Tode. Der Offizier soll gelegentlich der Einnahme von Arlon durch die deutschen Truppen angeblich den Befehl zur Errichtung von 155 belgischen Kivillisten gegeben habe. (W.T.B.)

Ein neuer polnischer Rechtsbruch.

Die Belebung des deutschen Krankenhauses Betheda.

Wie seinerzeit mitgeteilt, hatte die polnische Regierung den Beschluss gefaßt, das deutsche Krankenhaus Betheda in Gnesen zwangsweise zu liquidierten und in Besitz zu nehmen. Erst durch Verfügung des deutsch-polnischen Schiedsgerichts in Paris vom 28. Februar der polnische Staat verpflichtet war, sich jeder Verfügung über das Krankenhaus zu enthalten.

Dieser beabsichtigte Rechtsbruch ist inzwischen Tat-sache geworden. Am Gründonnerstag erschien der Bürgermeister von Gnesen, Henzel, mit sechs Polizisten und einer Reihe polnischer Krankenschwestern in Betheda. Er forderte die Vorsitzende des Deutschen Frauenvereins von Gnesen, Frau v. Wendorff-Mühlburg, auf, das Krankenhaus zu übergeben, und lehnte schließlich, da die Übergabe abgelehnt wurde, die Tür des Krankenhauses gewaltsam öffnen.

Über die näheren Vorgänge bei dieser Verstergreifung berichtet die "Deutsche Rundschau" folgendes:

Bürgermeister Henzel: "Ich fordere Sie nochmals im Namen des Staates auf, die Tür zu öffnen."

Frau v. Wendorff: "Ich protestiere gegen eine Übernahme Bethedas und werde die Tür nicht öffnen. Bitte geraten protokollieren."

Bürgermeister Henzel: "Hier wird nichts protokolliert." Frau v. Wendorff: "Unsere Schwestern protokollieren. Ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß auch in Ihrer Legitimation steht, daß Sie als Ärztin, nicht als Vertreter des Staates hier sind. Ich werde die Tür nicht aufmachen, denn ich bin polnischer Staatsbürger und vertrete einen polnischen Verein polnischer Staatsbürger. Es läuft auch in Warschau ein Prozeß beim Kazenof Tribunal Administracione, dessen Ergebnis abzuwarten ist."

Bürgermeister Henzel: "Das Haus gehört seit dem 10. März 1925 dem Staate. (Hämerl: Die Entscheidung des Pariser Schiedsgerichts war bereits am 28. Februar erfolgt!) Sie leisten Widerstand gegen die Staatsgewalt und werden die Folgen zu tragen haben."

Frau v. Wendorff: "Eine verschlossene Tür ist im Sinne des § 118 des St.-G.-B. kein Widerstand gegen die Staatsgewalt."

Die anderen Herren: "Wir werden Sie arretieren!"

Bürgermeister Henzel: "Ich fordere Sie nochmals im Namen des Staates auf, die Tür zu öffnen! Eins, zwei, drei..."

Frau v. Wendorff: "Ich werde nicht öffnen!"

Darauf wurde die verschlossene Tür vom Schlosser geöffnet.

Die Herren vom Magistrat nahmen von Betheda Besitz. Die bisher dort an zu 90 Prozent polnischen Kranken ihren unentgeltlichen Dienstleistungen ausübenden 25 deutschen Schwestern des Landsberger Mutterhauses wurden ihrer Rechte und Pflichten entzogen und von den zum großen Teil noch recht jugendlichen polnischen Notärzten-Schwestern abgelöst. Der im ganzen Teilstück räumlich bekannte Chirurg des Hauses, Sanitätsrat Dr. Anders, dem unzählige Polen ihr Leben zu verdanken haben, wurde vertrieben und durch einen Krakauer Arzt ersetzt. Mehr als die Hälfte der (größtenteils polnischen) Kranken hatte unterdessen freimüdig das Krankenhaus verlassen. Ein Teil des unteren Pflegepersonals, darunter auch eine volkstümliche Pflegerin, folgten ihnen. Ihr Besitz wurde beim Ausgang einer Revision durch die Polizei untersucht. Die deutschen Schwestern sollen innerhalb zehn Tagen exmittiert werden; sie warten das Erscheinen des Gerichtsvollziehers bis dahin ab. Der Vorsitzende, Frau v. Wendorff, wurde bereits am Gründonnerstag das ernste Betreten des Krankenhauses verboten; sie ist damit gleichfalls exmittiert.

Havarie an Bord des Russischen R. 33.

Eigner Druckbericht der Dresdner Nachrichten.

London, 17. April. Das Russischfahrtsministerium hat in Telegramm erhalten, wonach die Funkstation von Dixi in der Grafschaft Newport, ein Telegramm des Russischen R. 33 erhielt, dieses erlitt um Hilfe, da drohende Havarie an Bord aufgetreten sei. Es heißt, daß die Motoren kurz nach dem Abtreten des Russischen zum Stillstand kamen, daß sie aber wieder in Betrieb gesetzt werden konnten. Einmal später traten neue Störungen auf. Man weiß zu Stunde noch nicht, ob alle drei Motoren ausgeschaltet sind oder ob wenigstens einer noch im Gang ist. Man hofft ernste Befürchtungen für das Schiff des Russischen.

London, 17. April. Um 1.30 Uhr nachts bat das abgetriebene Russischfahrtschiff "R. 33" das Schiff "Godetta" um seine Begleitung. Um 3.30 kam die Nachricht in Bulham an, daß das Russischfahrtschiff mit 15 Knoten Geschwindigkeit in der Richtung auf Lowestoft an der Küste südöstlich von Norwich flog und von Zerstörern begleitet werde. Um 4.30 Uhr erlitt das Russischfahrtschiff die "Godetta" sich ihm zu nähern. (W.T.B.)

Auch ein amerikanisches Russischfahrtschiff losgerissen.

Bellefonte (Illinois), 17. April. Ein amerikanisches Russischfahrtschiff von Blackcott-Twp., das sich gestern nachmittag von seinem Anker losgerissen hatte und mit sieben Mann Besatzung davontrieben war, landete ohne Unfall in Blackwater. (W.T.B.)

Amerikanische Kredite und Hindenburgs Kandidatur.

Keine Störung der Geschäftsabschlüsse.

Berlin, 17. April. Die Nachrichten über angebliche Wirtschaftsschwierigkeiten zwischen Deutschland und Amerika anscheinlich der Kandidatur Hindenburgs erwiesen sich nach New Yorker Meldungen als völlig erfunden. In der Wallstreet hat sich das internationale Geschäft mit Deutschland in den letzten Tagen genau so abgespielt wie früher. Nachfragen an den großen Finanzstellen New Yorks haben ergeben, daß man keine Angst mehr als durchaus unabdingig von dem Ausgang der Reichspräsidentenwahl betrachtet.

So weit man hier unterrichtet ist, haben die Verhandlungen der Rhein-Elektro Union zum Abschluß einer Anteile von 6 Millionen Dollar geführt.

Neben einer weiteren Anteile von 15 Millionen Dollar haben vor einiger Zeit einmal Befreiungen stattgefunden, doch hat man dann auf beiderseitigen Wunsch die Verhandlungen hierüber vertagt. Die Kandidatur Hindenburg hat bei dieser Begegnung nicht die geringste Rolle gespielt.

Was das Telegramm eines amerikanischen Privatmanns, namens Koelsch, an Hindenburg, von dem die demokratische Presse großes Welen macht, anlängt, so ist der Unterzeichnete des Telegramms kein irgendwie maßgeblicher Vertreter amerikanischer Wirtschaftsgruppen. Diese Stellung wird ihm von der demokratischen Presse lediglich zugesetzt, um seinem Telegramm eine Bedeutung zu geben, die ihm nicht kommt. Diesem einen Telegramm stehen außerordentlich viele andere gegenüber, die aus Amerika eingegangen sind, und die Hindenburg zur Nebernahme der Kandidatur beglückwünschen.

Dr. Hartmann, der ein Warnungstelegramm an Dr. Stresemann gerichtet haben soll, wird als Leiter des Außendepartments der Firma Voitmann & Co. bezeichnet. Es ist das eine unbedeutende Firma, die mit den großen Kreditgeschäften nicht das mindeste zu tun hat. Der Benannte ist, wie der "Postal-Anzeiger" festgestellt hat, in der letzten Julianswoche, als die Banken alles einzuhallen muhten, was

Hindenburg spricht im Rundfunk.

Berlin, 17. April. Dem Reichsblock wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Rundfunk für die Bewerber des Postens des Reichspräsidenten im zweiten Wahlgange freigegeben hat, wird Feldmarschall v. Hindenburg am Freitag vor der Wahl abends eine Rede halten, die über sämtliche deutsche Länder verbreitet wird.

Bei dem Empfang, der am Sonntag in Hannover bei Hindenburg stattfindet, handelt es sich um eine Kundgebung, an der außer Vertretern der Presse nur eine ganz beschränkte Anzahl politischer Persönlichkeiten teilnehmen können.

Der Aufruf der Deutschen Burschenschaft.

Berlin, 16. April. Der Ausschuß für vaterländische Arbeit der Deutschen Burschenschaft erläutert folgenden Aufruf:

Burschenschaftler! Infolge der unverantwortlichen Gleisgültigkeit und Urteilslosigkeit weiter bürgerlicher Kreise ist es leider nicht gelungen, dem nationalen Kandidaten im ersten Wahlgang zum Siege zu verhelfen. Daher haben sich eine Reihe bisher einander fernstehender Parteien und Verbände auf die Kandidatur des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg eingestimmt. Der Generalfeldmarschall hat mit der Annahme dieser Kandidatur ein neues, schweres Opfer gebracht, zu dem ihn nur seine hingebende Treue, sein nie verlaugendes Pflichtgefühl, seine heiße Liebe zu Volk und Vaterland bewogen haben. Zusammen mit unserm Bundesbruder Dr. Jägers rufen wir alle Burschenschaftler auf, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg am Wahlgange nicht nur zu wählen, sondern für diese nationale Kandidatur auch mit aller Kraft zu werben und zu wirken.

Die Bernehmung Julius Barmat.

Der Reichstags-Untersuchungsausschuss in Moabit.

Berlin, 17. April. Der große Schwurgerichtssaal im alten Justizpalast in Moabit bietet heute ein außergewöhnliches Bild. Die Plätze, die sonst von den Richtern eingenommen werden, sind heute von den Mitgliedern des Reichstagsuntersuchungsausschusses besetzt. Nicht alle Mitglieder können an dem halbrunden Tische drängt Platz finden. Einige sitzen auf den Geschworenenbänken oder auf Stühlen neben dem Richtertisch. Der Verhandlungsräum ist stark mit Vertretern der Presse und Abgeordneten des Reichstags und Landtages besetzt. Um 9.15 Uhr wird

Julius Barmat

aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er ist groß und schlank und zählt 87 Jahre. Er macht einen gedrungenen Eindruck und sieht sehr bleich und kranklich aus. — Der Vorsitzende, Abg. Sänger, macht Barmat kurz darauf aufmerksam, daß er hier nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge vernommen wird, und daß der Gegenstand der Bernehmung sich nicht mit den Fragen decke, die sein Strafverfahren berührten.

Zudamals gab Barmat mit leiser Stimme eine Darstellung seines Lebenslaufes. Er sagt: Mein Vater kam aus Russland. Er ist mit seiner Familie nach Warschau gekommen und dort bin ich erzogen worden. Ich kam nach Posa zur Handelschule. Durch den Brief einer Rotterdamer Firma kam ich später auf den Gedanken, nach Holland zu gehen. Ich war zunächst kurze Zeit in einer Rotterdamer Firma tätig und wurde dann auf Empfehlung des Polizeipräsidienten Lehrer in der Berlin School für Russisch und Polnisch. Ich habe mich dann selbstständig gemacht und ein Geschäft mit Blumen wie bei angefangen.

Barmat schildert dann, wie er in Holland auf die schwere Kiste gelegt wurde. Prof. Brinkmann, Heidelberg, der Leiter der Presseabteilung des Nachrichtenbüros der deutschen Gesandtschaft, und verschiedene andere Herren rieten ihm, um ihn zu verlassen, die durch den Krieg unanständige Stimmung in Holland zu nutzen Deutschlands zu beeinflussen. Prof. Brinkmann kam 1918 oder Anfang 1917. Er sagte, er wisse, daß Barmat sehr deutschfreundlich gewesen sei und Beziehungen zur Sozialdemokratie bestellt. Er sollte seinen Einfluß zugunsten Deutschlands einsetzen. Mit der deutschen Gesandtschaft selbst ist Barmat damals nicht in Verbindung gekommen.

Barmat bestätigt, daß er schon während des Krieges an Deutschland geliefert hat, und zwar Waiso, und last ausschließlich an Konsumvereine. An amtliche Stellen habe er damals noch nicht geliefert.

Nach dem Friedensschluß von West-Vitomsk seien Brinkmann und Malynow an ihn herangetreten, um Verbindung mit Russland anzutreffen. Bei Beendigung des Krieges war der Lebensmittelexport aus Holland nach Deutschland schon sehr groß. Durch Guymans hat Barmat dann

Beziehungen zur Internationale

angeknüpft. Wie irgendwelchen Geschäften hatte das aber nichts zu tun gehabt. In Amsterdam hat er u. a. auch den Abt. Wels kennengelernt. 1919 ist Barmat zum ersten Male nach Deutschland gekommen, und zwar auf Einladung von Hermann Müller und Wels. Barmat schildert weiter die Abwicklung der Lebensmittelgeschäfte.

Danach wurde er u. a. an den damaligen Vorliegenden des diktatorischen Ausschusses, Prischow, verweisen, hat mit ihm verhandelt und ihm Offerten gemacht. Bei dem während der Verhandlung erwähnten Gütergeschäft von 20 Waggon habe es sich nur um einen Betrag von etwa 1 bis 2 Millionen Mark gehandelt. Es sei also ganz ausgeschlossen, daß das Reich einen Schaden von 10 Millionen Mark erlitten habe. Ferner gibt Barmat eine Darstellung der Geschäfte mit dem Reich abgestellt. Er habe dabei wiederholt darauf hingewiesen, daß er keine besondere Behandlung in der Abwicklung der Geschäfte haben wolle. Tatsächlich sei ihm von den Vertretern der Rechtspartei dann auch keine bevorzugung aufgetragen, eher habe man ihm Schwierigkeiten gemacht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Bestechungen er an politischen Persönlichkeiten gehabt habe, erklärt Barmat: den früheren Reichskanzler Bauer habe ich kennengelernt, als Angriffe gegen mich in der „Berliner Volkszeitung“ erschienen. Da war die bekannte Auskunft der Bodumer Handelskammer abgedruckt, und der damalige Reichskanzler Bauer ließ mich in die Reichskanzlei kommen, um mich darüber zu verhören. Solange Bauer Reichskanzler war, habe ich ihn dann nicht wieder gesehen und gesprochen.

Auf die Fragen, ob Barmat durch Andioktionen amtieller Stellen vertrauliche amtliche Auskünfte bekannt wurden, die ungünstig über ihn laufen, erwidert Barmat, vergleichende Auskünfte habe er nie bekommen. Der Vorsitzende hält Barmat die geistige Auslastung des Jungen

„Blaufuchs“.

Komödie von Franz Herczeg.

Neinstudierung im Neustädter Schauspielhaus, 16. April 1925.

Die ungarische Mode wird eigentlich auch nicht mehr geprägt auf der Bühne. Die dramatischen Kostümchneidei Holnár, Vito, Herczeg & Co. haben ihre Konfektion sehr eingeschränkt. Die Ausfahrt ist auch nicht mehr so rentabel wie vor einigen Jahren. Immerhin läuft sich dies oder jenes Stück noch einmal aufzuarbeiten, und besonders das erotische Spielwerk hat sich gut gehalten beim Kürschner und ist immer wieder modern. „Blaufuchs“ trägt jede Dame gern, zumal in der unheimlichen Ausmachung von Franz Herczeg. Bei ihm ist nämlich dieser Fuchs, der gar nicht blau ist, das Sinnbild der eleganten Verlogenheit des Weiblichen. Genauer gesagt: der „Dame“, die ja das besondere Erzeugnis gesellschaftlicher Überfultur und das Lieblingsspielzeug der französischen und ungarischen Dramatiker ist. Vor ihr wird vorausgesetzt, daß sie eine „anständige Frau“ sei, und doch beruht ihr Haupttreffer darin, daß man annimmt, sie sei es gelegentlich auch nicht. Tatsächlich entführen alle jene Auseinandersetzungen, die einen ernsthaften Liebhaber nervös machen. Der „anständige Mann“ (denn auch das gibt es), ist natürlich schlimm dran, wenn er an ein solches Blaufuchs-Weibchen gerät, und er ringt mit dem unlösbar Problem: Weib und Wahrheit. Bei Herczeg gipfelt es in der kritischen Frage: Was Ilona in der Türkengasse bei dem „Weiberfrecher“ Baron von Trill oder nicht? In der Türkengasse war sie, das ist raus, denn dort wohnt ihr Kürschner mit dem Blaufuchs. Tibor, der anständige Mann, der bisher nach dem Goethe-Wort: „Die Sterne, die begiebt man nicht“ Ilona verehrt, will aber alles herausbekommen. Dazu bringt er Ilona und Trill ins Gegenüber und entlarvt den ellen Gedanken zugleich mit der schönen Sünderin. Achdaß ja auch noch Ilonas Mann, der Süßlichwasserforscher, der Ilona schwimmen läßt, wie und wo sie will. Der wundert sich also gar nicht, daß sein Goldfisch davongeschwommen ist, nur hält er erwartet, Tibor werde der Verführer sein. Der ist aber zu anständig gewesen, und nun ist das Dreieck auseinander. Scheidung unvermeidlich. Aber nach Jahresfrist sind sie wieder beieinander. Tibor erlebt die Überraschung, daß er sich durch seinen zweifelhaften Freundschaftsbündnis an dem Professor den Weg zu Ilona freigemacht hat, die nur einen kleinen Umweg über Trill eingeschlagen hat, weil es für eine Dame so schwer ist, einen anständigen Mann zu versöhnen. Die Wahrheit ist also, von der Türkengasse ganz abgesehen, daß Ilona Tibor liebt und heiratet.

Nommel vor, wonas Barmat von einer vertraulichen Unterredung Nommels mit demstellvertretenden Gesandten im Hause bereits am anderen Morgen Kenntnis gehabt habe. Barmat bestreitet die Richtigkeit dieser Darstellung.

Zu dem bekannten Milchgeschäft übergehend, behauptet Barmat, einige Fabrikanten hätten ohne keinen Willen die Milchboxen, deren Inhalt nur 14 Unzen beträgt, mit 16 Unzen bezeichnet. Er sei gegen diese Fabrikanten im Prozeßweg vorgegangen, weil sie behaupteten, sie hätten das auf seine Anregung getan. Auf die Frage nach den Sicherungsbedingungen für die Geschäfte mit dem Reich sagt Barmat, es sei eigentlich, daß dieselben keine, die die Sicherungsbedingungen für ihn ausgearbeitet hätten, sie seien als unaufmännisch bezeichneten.

Vorsitzender: Wie sind Ihre Beziehungen zu den politischen Parteien? Haben Sie diesen irgendwelche Vorteile angemessen lassen?

Barmat:

Da ich bei der Wahl die Sozialdemokratische Partei unterstützte habe, will ich nicht in Abrede stellen. Und den Geschäftsmann habe ich ihr aber keine Zuwendungen gemacht.

Vorsitzender: Wie ist es mit den Viehgeschäften, die von Holland geschickt wurden? Es wird die Behauptung aufgestellt, daß mit solchen Geschäftssachen bestimmte geschäftliche Absichten verbunden waren.

Barmat: Bezüglich der Viehgeschäftsabkommen sind keine Unterschiede gemacht worden. Sie sind sowohl an Sozialdemokraten wie an Deutschnationalen und so weiter gegangen. Es handelt sich auch nur um kleinere Quantitäten von Lebensmitteln, die diese Parteien enthielten. Es habe mit dieser Viehgeschäftsangelegenheit nichts zu tun gehabt, sondern ihre Bedeutung lag einem Herrn Bürger in Amsterdam ab. Im übrigen alagn solche Viehgeschäfte nicht nur nach Deutschland, sondern auch nach Österreich.

Bezüglich der Telephongespräche mit dem Bureau des Reichspräsidenten erläutert Barmat, es sei damals keine andere Möglichkeit gewesen, nach Amsterdam zu telefonieren. Da habe er Krüger gebeten, vom Bureau des Reichspräsidenten telefonieren zu dürfen. Auf den Hinweis des Vorsitzenden, daß Barmat vom Deutschen Reich und der Reichsregierung immer „per wir“ gesprochen habe, erwiderte Barmat, er habe es gar nicht nötig gehabt, sich mit Beziehungen zu rühmen.

Der Zeuge Nommel bestätigt, daß Barmat ihm versprochen, ihm einen Gesandtenposten zu verschaffen. Das habe Barmat ein Dutzendmal gefragt. — Barmat bestreitet das. — Zeuge Nommel: Barmat hat mir gefragt, wir könnten nach Berlin fahren und dann werde ich Sie bei Müller und Wels einführen, damit Sie einen Gesandtenposten erhalten. — Vorf.: Das ist natürlich etwas anderes, als wenn Barmat Ihnen verprochen hätte, persönlich Ihnen einen Posten zu verschaffen. Aber Sie haben Herrn Nommel doch Ihre Dienste zur Erlangung einer guten Stellung in Aussicht gestellt. Das kann doch nur ein Mann mit sehr guten Beziehungen.

(Mit Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Das zweite Alleenfest in Sofia.

100 Tote, 200 Verletzte.

(Durch Gantzkow)

Sofia, 17. April. (Bulgarische Tel.-Ag.) Sofort nach der Explosion in der Kathedrale begab sich der König an die Unglücksstätte, wo er von den versammelten Menschen lebhaft begrüßt wurde. Die Ursache der Explosion, eine mit einem Uhrwerk versehene Höllemaschine, war unter dem Dach des südlichen Teiles der Kathedrale versteckt.

Die Zahl der Toten beträgt etwa 100, die der Verwundeten 200.

Der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Innensenator trugen leichte Verwundungen davon. Unter den Toten befinden sich außer dem schon genannten der Bürgermeister von Sofia und der Minister a. D. General Naldesso. Unmittelbar nach der Explosion traten die Minister zu einer Beratung zusammen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Über Sofia und das ganze Land wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Sowjetpläne auf dem Balkan.

Sofia, 17. April. Am Kreise Rawa-Saara hat die Kriminalpolizei über 100 Personen verhaftet. Aus der Bernehmung der Verhafteten geht klar hervor, daß das Attentat auf König Boris auf die Kathedrale Sweta-Nedelia das Signal für die Einführung der Revolution und die Ausrichtung der Sowjetrepublik auf dem Balkan sein sollte. (W. T. B.)

Vertliches und Sächsisches.

Was wird mit der Novelle zur Gemeindeordnung?

Wie schon wiederholt berichtet, plant die Regierung eine Änderung der geltenden Gemeindeordnung. Das Schiedsgericht zu diesem Zwecke im Landtag eingebrachte Änderungsvertrag hängt augenblicklich ganz und gar davon ab, ob die 23 Reichstagsabgeordneten weiterhin geschlossen für die Regierungsvorlage eintreten. Das erscheint aber nach neueren Vorfällen, die sich seit der Verlegung des Landtags innerhalb der sozialdemokratischen Parteilandesabgeordneten, sehr unwahrscheinlich. Wie der „Sächsische Zeitungsdienst“ von bestürzt erklärte Seite erfährt, hat sich der Berliner Parteivorsitzend bei den durch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter vertriebenen Verhandlungen in der Frage der Gemeindeordnung durchaus auf den ablehnenden Standpunkt der Linkspartei gestellt und den Vertretern der 23 nahe gelegt, dafür zu sorgen, daß die jewige Regierungsvorlage wieder in der Verleugnung verschwindet. Bei einem Teile der 23 ist offenbar Neigung nach der vom Berliner Parteivorsitzenden angestrebten Richtung hin vorhanden. Das wird in diesem Kreise damit begründet, daß über die Anträge der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gegen die Regierungsvorlage auf keinen Fall ohne weiteres hinweggegangen werden kann. Man weiß darauf hin, daß von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern in der Frage der sozialpolitischen Mindestens drei Fünftel auf dem Boden der 23 stehen, daß sie aber in der Ablehnung der Regierungsvorlage zur Änderung der Gemeindeordnung bis auf den letzten Mann mit der Linkspartei übereinstimmen. Dies hat bei den 23 schon Bedenken hervorgerufen und die ursprüngliche Absicht der Zustimmung zur Regierungsvorlage bei einem Teile stark ins Wanken gebracht. Zum ersten Male ist das bei der Gemeindeordnungswahl in der letzten Sitzung des Landtages zutage getreten, indem die 23 entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, die Vorlage so schnell wie möglich zur Annahme bringen zu helfen, einer zweiten Sitzung im Ausschuss zustimmen. Darin drückte sich das erste Auftauchen vor der Obstruktion anständig der Linkspartei aus. In der Zwischenzeit scheint nun noch mancherlei hinter den Kulissen vorgegangen zu sein. Bestimmt hatte der Landtag beschlossen, am 28. April wieder zusammenzutreten, vom 20. April ab aber Auskunftsverhandlungen abzuhalten. Dieser Beschluss war jedoch worden, um dem Reichstagsschluß auszuhelfen, die kritische Regierungsvorlage so weiterzubringen, daß sie in der ersten Vollsitzung des Landtages nach den Ferien verabschiedet werden konnte. Wie bestimmt verlautet, sollen jedoch diese Auskunftsverhandlungen jetzt nicht stattfinden und erst nach dem Wiederaufzammentreffen des Landtages aufgenommen werden. Aus alledem geht hervor, daß die Erledigung der Regierungsvorlage zunächst einmal auf die lange Bank geschoben ist und daß es noch sehr ungewiß ist, ob die Vorlage in der heutigen Form überhaupt wird unter Druck und Nachgebracht werden können.

Keine Störung der Einführung der Einheitsstenographie.

Wie wir am 4. April mitteilten, hat der Bildungsausschuß des Reichstags den Beschluss gefasst, die zur Einführung der Einheitsstörung getroffenen Maßnahmen so lange auszuschieben, bis der zur Prüfung des Systems eingetragene Sonderausschuß das Einheitsystem überprüft und gegebenenfalls geändert hat. Dieser Beschluss war geeignet, Verwirrung und Beurkundung im stenographischen Lager hervorzurufen, was wir auch in einem Artikel unseres Blattes zum Ausdruck gebracht haben. Auf eine Anfrage in Berlin wird uns nun vom Reichsminister des Innern folgendes mitgeteilt:

Auf das Schreiben vom 8. April erwiderte ich, daß der Beschluss des Bildungsausschusses des Reichstags weder für die Reichsregierung noch für die Landesregierungen unbedingt bindend ist. Der Beschluss gewinnt erst Bedeutung, wenn ihm das Plenum des Reichstags zustimmen sollte, und auch dann nur für die Reichsregierung, da der Reichstag als die Landesregierung sein Urtheil richten kann. Wenn also der Reichstag in einer Plenarsitzung dem Beschluss des Bildungsausschusses zustimmen sollte, so müßte die Reichsregierung verfügen, ein Einvernehmen, d. h. eine Vereinbarung der Landesregierungen über ein Aussezieren der Maßnahmen für die Einheitsstörung herbeizuführen, denn nur „am Einvernehmen“

Neuheiten:

Blusen von RM. 10,75 an

Kleider von RM. 25,50 an

Wallstraße 6

Gründungsjahr 1880

R. Hecht

Leinenhaus

denn als junge Frau ins Bild. Die oft geistreich plätselnde Komödie fand wieder freundliche Aufnahme.

Dr. Felix Zimmermann.

Kunst und Wissenschaft.

*+ Wochenspielplan der Sächs. Staatsoper zu Dresden. Opernhaus: Sonntag (19.), außer Amtst: „Das Liebesband der Marchesa“ (18 bis nach 10). Montag (20.), Amtst: „Siegfried“ (16 bis nach 10). Dienstag, Amtst: „Abu Hassan“, „Coppelia“ (18 bis 210). Mittwoch, außer Amtst: „Wotterdämmerung“ (15 bis 10). Donnerstag, Vorauflösung des 6. Sinfoniekonzerts, Reihe B (18). Freitag: 6. Sinfoniekonzert, Reihe B (18). Sonnabend, außer Amtst: „Das Liebesband der Marchesa“ (17 bis nach 10). Sonntag (21.), außer Amtst: „Othello“ (17 bis nach 10). Montag (22.), Amtst: „Admetus“ (18 bis nach 10). — Schauspielhaus: Sonntag (19.), vormittags 11 Uhr: 10. Morgenstern: Deutscher Humor; abends außer Amtst: „Frau“ (15 bis 210). Montag (20.), Amtst: „Maria Magdalena“ (18 bis 211). Dienstag, Amtst: „Woyz von Berlin“ (17 bis gegen 11). Mittwoch, Amtst: „Fuhrmann Henrich“ (18 bis 211). Donnerstag, außer Amtst, neu einstudiert: „Wie es euch gefällt“ (18 bis 211). Freitag, Amtst: „Wie es euch gefällt“ (18 bis 211). Sonnabend, Amtst: „Medea“ (18 bis gegen 10). Sonntag (26.), für den Verein Dresdner Volksschule: „Maria Magdalena“ (18); abends außer Amtst: „Der Weg nach Dover“ (18 bis 211). Montag (27.), Amtst: „Wie es euch gefällt“ (18 bis 211).

*+ Mitteilung der Sächsischen Staatsoper. Opernhaus: Von den bisherigen Amtsstädtlern nicht entnommene Amtsstädtler der Oper für den vierten Amtstag der Spielzeit 1924/25 werden morgen, Sonnabend, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr an der Amtsstädtle der Opernhaus, Bestillung links, wittervergeben.

Sonntag, 19. April, außer Amtst: „Das Liebesband der Marchesa“ mit Elisa Stünzner, Max Hirzel, Grete Nitsch, Josef Corred (zum ersten Male Visconti Alidor), Irma Terwani; musikalische Leitung: Fritz Busch, Spielleitung: Alois Mora. Anfang 18 Uhr.

Wie bereits bekannt, schwelen seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen Generalintendant Dr. Meister und der Beliebung der Zürcher Festspiele über ein diesjährige Wochenspiel der Dresdner Oper in Zürich. Es ist nunmehr mit Sicherheit des Ministeriums für Volksbildung vereinbart worden, daß die Dresdner Staatsoper mit drei Aufführungen des „Intermezzo“ im Juni an den Festspielen in Zürich teil-

